Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 31 — Jahrgang 213

Bezugspreis: Für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postscheckkonto Leipzig 20512

Morgen-Ausgabe

Dienstag, 20. Januar

Anzeigenpreis: Die 6gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 30 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 1,50 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Wie gemeldet wird, ist der Führer der Radikalen Däumig heute vormittag durch das Oberkommando in den Marken verhaftet worden.

* Die Besetzung der Abstimmungsgebiete durch alliierte Truppen ist um fünf Tage hinausgeschoben worden.

* Im Plenarsitzungssaal der Nationalversammlung wurde gestern vormittag der Parteitag des Zentrums mit einer Begrüßungsansprache des Fraktionsvorsitzenden Abg. Trimborn eröffnet. Zum Präsidenten wurde durch Zuruf Fehrenbach gewählt.

* Der Wortlaut der Ententenote an Holland, die die Auslieferung des Kaisers verlangt, ist veröffentlicht worden.

* Der Heimtransport der Kriegsgefangenen beginnt am Dienstag, den 20. Januar.

* In Amerika wird beabsichtigt, mit Vertretern aller europäischen Staaten eine Konferenz zur Gesundung der Finanzen Europas abzuhalten. Auch Deutschland soll dazu eingeladen werden.

* Ueber ganz Bulgarien ist infolge der bolschewistischen Unruhen der Belagerungszustand verhängt worden.

* Die französische Truppenaushebung in Elsaß-Lothringen hat begonnen. In Straßburg und Kolmar sind südfranzösische Truppen eingerückt.

* Aus Malta wird gemeldet, daß alle verfügbaren britischen Kriegsschiffe nach dem Schwarzen Meer abgefahren sind. In Toulon haben Hospitalschiffe Befehl erhalten, auch nach dem Schwarzen Meere abzufahren.

Ab Dienstag Heimkehr der Kriegsgefangenen

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Berlin, 19. Januar.

Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß der Abtransport der Kriegsgefangenen aus Frankreich am Dienstag, den 20. Januar beginnt. Es werden zunächst die in den linksrheinischen Gebieten wohnenden Gefangenen heimbefördert. Der erste Transport trifft am Mittwoch in den Durchgangslagern Eschweiler und Düren ein. Die nächstfolgenden werden nach Worms geleitet.

Das Auslieferungsverlangen

Ein Schreiben Clemenceaus.

Paris, 19. Januar.

Der Generalsekretär der Friedenskonferenz hat am 16. Januar dem Gesandten der Niederlande ein von Clemenceau unterzeichnetes Schreiben gegeben, in dem es unter anderem heißt:

„Mit dem vorliegenden Schreiben an die Königlich Niederländische Regierung notifizieren die Mächte den Text von Artikel 227 (beiliegend beglaubigte Kopie) des am 10. Januar in Kraft getretenen Friedensvertrages mit Deutschland. Sie haben gleichzeitig mitzuteilen, daß sie beschlossen haben, unverzüglich die Verfügungen dieses Artikels durchzuführen. Infolgedessen richten die Mächte das offizielle Ersuchen an die Regierung der Niederlande, ihnen den ehemaligen deutschen Kaiser Wilhelm von Hohenzollern zur Aburteilung auszuliefern. Die Mächte erinnern kurz an die unter so vielen Verbrechen erfolgte Verletzung der Neutralität Belgiens und Luxemburgs, an das barbarische und unerbittliche System der Geiseln und Massendeportationen, die Entfernung von jungen Mädchen aus Lille, die ihren Familien entrissen, schutzlos dem Zusammenleben beider Geschlechter übersetzt wurden, an die Verwüstung ganzer Gegenden ohne militärische Notwendigkeit, an den uneingeschränkten U-Boot-Krieg, das unmenschliche Im-Stich-lassen der Opfer auf hoher See und an die Taten gegen die Nichtkämpfenden, die von deutschen Behörden als gegen die Kriegsgesetze verstoßend anerkannt worden sind. Für alle diese Taten geht die Verantwortlichkeit, wenigstens die moralische, bis zum obersten Führer hinauf, der sie ermöglicht oder seine Befugnisse mißbraucht hat, um das heiligste Empfinden des menschlichen Gewissens zu verletzen oder verletzen zu lassen. Indem dieses Ersuchen an die niederländische Regierung gerichtet wird, glauben die Mächte dessen besonderen Charakter hervorheben zu müssen. Sie haben die Pflicht, die Ausführung des Artikels 227 sicherzustellen, ohne sich dabei durch Argumente aufhalten zu lassen, weil es sich nicht nur um eine persönliche Anklage von gewöhnlichem juristischen Charakter, sondern auch um eine internationale Aktion handelt, die durch das Volksgewissen gebieterisch gefordert wird. Die vorgesehenen Rechtsformen bieten mehr Garantie als das bisher geltende Recht. Die holländische Regierung ist in hohem Maße interessiert, nicht den Anschein zu erwecken, als ob sie den Haupturheber beschütze, indem sie ihm Zuflucht auf ihrem Gebiet gewähre, sondern den Anschein, daß sie das Gericht, das von Millionen Stimmen von Opfern verlangt wird, erleichtert."

Hollands Stellung zur Auslieferungsfrage?

Haag, 18. Januar.

Die folgenden Ausführungen des Pariser „Intransigeant", die der heutige Haager „Nieuwe Courant" wiedergibt, scheinen die amtliche Auffassung der holländischen Regierung in der Auslieferungsfrage dem französischen Volke näherbringen zu sollen. Im „Intransigeant" schreibt der bekannte französische Jurist Cluneet:

Ich habe aus wissenschaftlichen Gründen von der Ansicht der führenden holländischen Juristen in der Kaiserfrage Kenntnis genommen. Ihre Meinung kann folgendermaßen zusammengefaßt werden:

Artikel 4 der holländischen Verfassung sichert allen, die sich auf holländischem Boden befinden, gleiche Rechte und Schutz ihrer Persönlichkeit und Güter zu. Staatsangehörige und Ausländer sind gleichgestellt. Daher kann Holland nicht gerichtlich bei der Bestrafung einer Tat mitwirken, die nicht unter Strafe gestellt ist. Der zweite Einwand geht darauf hinaus, daß die Tat, deren der Kaiser beschuldigt wird, eine politische ist, und es steht ferner fest, daß politische Verbrechen oder Mitschuld an politischen Vergehen kein Grund für eine Auslieferung sind. Dies wird in allen Auslieferungsverträgen anerkannt.

Der „Intransigeant" schreibt zu dieser Stellungnahme seines Mitarbeiters, Holland werde aus diesen Gründen sich dem Auslieferungsgesuch kategorisch widersetzen, und es sei sehr fraglich, ob die Entente ihren Willen durchsetzen könne. Diese neuen Schwierigkeiten würden nicht mehr bloße Rechtsfragen, sondern reine Tatsachen betreffen.

München, 18. Januar.

Die demokratische Landtagsfraktion brachte den Antrag ein, die bayerische Regierung möge bei der Reichsleitung dahin wirken, daß von dieser alles geschieht, um die Bestimmungen des Versailler Vertrages über die Auslieferung, deren Ausführung Regierung und Volk mit unauslöschlicher Schmach bedecken müßte, nicht zur Ausführung gelangen zu lassen.

Dresden, 18. Januar.

General Maercker, der Oberkommandierende für Freistaat und Provinz Sachsen, erklärte unserem Dresdener Mitarbeiter u. a., daß uns noch eine ernste Krisis bevorstehe, und zwar dann, wenn die Feinde auf ihren Auslieferungsschein bestehen sollten. Was sich dann ereignen werde, lasse sich nicht sagen. Wenn aber Deutschland der völligen Anarchie überliefert werde, müßten sich unsere Feinde darüber klar sein, daß auch sie in den Strudel hineingezogen werden.

*

Wie wir weiter hören, wird auf Drängen der bayerischen Regierung in Paris den Alliierten eine Note überreicht, die in sehr höflicher (!) Form ersucht, von der Auslieferung der deutschen Führer abzusehen. Der neue deutsche Gesandte begibt sich in dieser Angelegenheit noch heute nach Paris.

Noch fünf Tage Galgenfrist

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Berlin, 19. Januar.

Da in den Transportvorbereitungen der zur Besetzung von Oberschlesien, Memel und Danzig bestimmten Truppen der Alliierten Verzögerungen eingetreten sind, haben die Alliierten beantragt, die Besetzung der genannten Gebiete um fünf Tage herauszuschieben. Trotz der zu erwartenden Schwierigkeiten hat die deutsche Regierung dem Antrag zugestimmt. Infolgedessen werden die alliierten Truppen fünf Tage später in den Gebieten eintreffen und die deutschen Truppen fünf Tage später die Räumung ausführen.

Des Reichsschatzministers Nachfolgerschaft

Berlin, 19. Januar.

Nach dem Rücktritt des Reichsschatzministers Mayer-Kaufbeuren hat der Reichskanzler mit dem Mitglied der Deutschdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung Dr. Wieland wegen der Nachfolgerschaft verhandelt. Dr. Wieland hat den Posten aber abgelehnt.

Ein deutsches Weißbuch über Polen

Berlin, 19. Januar.

Von gutunterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß die Regierung beabsichtige, schon in den nächsten Tagen der Nationalversammlung ein Weißbuch über die deutsch-polnischen Verhandlungen zugehen zu lassen, in dem nicht nur ausführlich Bericht über die mit der polnischen Regierung stattgefundenen Konferenzen erstattet wird, sondern auch sämtliche mit der polnischen Regierung getroffenen Abkommen in überschriftlicher Form veröffentlicht werden.

Der Prozeß gegen den Wendenführer Barth

Leipzig, 20. Januar.

Vor den vereinigten zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichts begann gestern unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Pelagus der Landesverräterprozeß gegen den früheren sächsischen Landtagsabgeordneten Kaufmann E. Barth. Der Eröffnungsbeschluß legt dem Angeklagten zur Last, im April 1919 in Paris als Deutscher versucht zu haben, einer feindlichen Macht Vorschub zu leisten und die Kriegsmacht des Deutschen Reiches geschädigt zu haben. Auf Antrag des Reichsanwaltes wurde wegen Gefährdung der staatlichen Sicherheit die Oeffentlichkeit während der ganzen Verhandlungsdauer ausgeschlossen und nach achtstündiger Verhandlung wurde die Urteilsverkündigung auf Mittwoch 12 Uhr vertagt.

Demokratischer Staatsbankerott

Als am Sonntag vor 14 Tagen der Generalsekretär Richard Kunze in einer deutschnationalen Versammlung das Thema „Staatsbankerott" behandelte und mit dem Mut zu rücksichtsloser Wahrheit aussprach, daß der Staatsbankerott eigentlich schon da sei und von der gegenwärtigen Regierung nur verschleiert werde, um den Zorn des Volkes auf eine spätere nationale Regierung abzulenken, da sind in der Mehrzahl der Zuhörer ernste Sorgen entstanden, Sorgen darüber, daß ihre Ersparnisse, das Ergebnis langer und mühevoller Arbeit, die sie während des Krieges dem Vaterlande in Form von Kriegsanleihe dargebracht hatten, nun für immer verloren sein sollten. Diese Stimmung haben sich die Halleschen Demokraten zunutze gemacht und parteipolitisch auszunutzen versucht. Ihre politischen Bestrebungen besitzen ja auch bereits eine so geringe Werbekraft im Volke, daß sie nach jedem Strohhalm greifen müssen, um sich in der Springflut nationaler Erneuerung auch nur notdürftig über Wasser halten zu können. Sie ließen denn auch sofort nach dem Kunzeschen Vortrage jeden, den es interessierte, in Zeitungsartikeln, Inseraten und Anschlagsäulenplakaten wissen, daß sie ganz besondere Künste besäßen, um einen Staatsbankerott zu verhindern. Ein erfahrener Bankdirektor aus Berlin sollte diese besondere Weisheit besitzen und bereitwillig genug sein, sie weitesten Kreisen der Bevölkerung mitzuteilen. Was wunder also, wenn der Saal, der für diesen Vortrag gemietet war, nicht ausreichte, um die Zahl der um ihre Ersparnisse Besorgten zu fassen, und einige Hundert Karteninhaber noch umkehren mußten! Aber war es nicht bei dem Vortrag Kunze ähnlich, wo gegen 1500 Einlaßbegehrende auf einen späteren Vortrag Kunzes verwiesen werden mußten, und wo nicht 3000 Einlaßkarten, wie bei dem demokratischen Vortrage, sondern 3500 Karten ausgegeben waren und nach Beginn des Vortraes noch etwa 300 Hörer hinzukamen, so daß der Saal eine erdrückende Fülle barg und polizeilich gesperrt werden mußte? Wenn die Demokraten am vergangenen Sonntag auch einmal einen vollen Saal hatten, so haben sie das nicht ihrem Parteiprogramm, am allerwenigsten den „Erfolgen" ihrer praktischen Politik zu danken gehabt, sondern allein dem Umstande, daß von deutschnationaler Seite mit mutiger Hand der Schleier zerrissen wurde, der über das schon vorhandene Chaos gedeckt war, und der nun sogleich von den Demokraten für ihre Parteizwecke verwandt worden ist. Zugkraft im Volke besitzt dagegen das deutschnationale Programm, wie die vollen und überfüllten Säle des Deutschnationalen Volksvereins Halle und Saalkreis, der jede Woche mindestens einen großen Vortrag veranstaltet hat, immer von neuem bewiesen. Auch auf vergangenen Sonntag hatte dieser Volksverein, als die Demokraten ihre Heilmethoden gegen den Staatsbankerott bekanntgaben, für den Vortrag Wulle auch den letzten Stehplatz im „Thaliasaal" ausgegeben. Wie wenig Widerhall demokratische Politik im Volke findet, zeigte sich besonders bei dem Vortrage des Oberbürgermeisters Dominikus, der Ende November vorigen Jahres über das aktuelle Thema „Preußen und das Reich" sprach. Bei diesem Vortrage eines der hervorragendsten Persönlichkeiten und Parlamentarier der Demokraten waren in den weiten Räumen des Walhallatheaters allerhöchstens 200 (zweihundert) Personen anwesend, und die Versammlung verlief so kläglich, daß selbst der Versammlungsleiter, Herr Geheimrat Dr. Abderhalden, seinem ernsten Mißfallen über die Gleichgültigkeit der Bevölkerung gegenüber demokratischen Veranstaltungen öffentlich Ausdruck gab. Vorher und nachher stattgefundene Vorträge im Deutschnationalen Volksverein aber waren ausverkauft und verliefen glänzend.

Am Sonntag vor 14 Tagen hatte Richard Kunze mit beredten Worten dargelegt, welche unheilvollen Wirkungen es für den Staat und die Bevölkerung haben muß, wenn ein unvermeidlicher Staatsbankerott zu lange hinausgeschoben wird, daß aber manche seiner späteren schlimmen Folgen vermieden werden können, wenn er, mit allen notwendigen Vorbereitungen, rechtzeitig angemeldet wird. Bei einem hinausgezögerten Staatsbankerott sei es dem internationalen Kapital möglich, sich zum Teil oder ganz im Auslande in Sicherheit zu bringen, während es beim rechtzeitigen Staatsbankerott ebenfalls herhalten müsse. Im ersteren Falle treffe die ganze Schwere des Bankerotts die vielen kleinen daheimgebliebenen Sparer, im zweiten Falle dagegen müsse auch das international gravitierende Kapital einen entsprechenden Teil der Last übernehmen. Richard Kunze wies der Versammlung, die zum Teil aus sozialdemokratischen Arbeitern bestand, welche sich zuerst durch lärmende Zwischenrufe bemerkbar machten, im weiteren Verlaufe des Vortrages aber immer kleinlauter wurden und schließlich ganz beschämt dastanden, überzeugend nach, wie die jetzige demokratisch-sozialistische Regierung trotz aller hochtrabenden Phrasen über Volksbeglückung das internationale Kapital begünstige und damit die Fesseln, welche dieses dem Volke anlege, nicht lose, sondern festige. Die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001201-17/fragment/page=0001

gegenwärtige Regierung wage nicht, und dürfe nicht wagen, dieser internationalen Großmacht zu Leibe zu gehen, weil sie durch diese nur am Ruder gehalten werde, und der sozialdemokratische Arbeiter opfere seinen Schweiß und seine Kraft nicht der deutschen Volksgesamtheit, sondern einer kleinen Clique von Männern, die sich untereinander ziemlich alle kennen und über alle Länder verbreitet sind. Die demokratisch-sozialistische Regierung könne beispielsweise nicht genug von „Sozialisierung" reden und durch überstürzte Maßnahmen auf diesem Gebiete das Wirtschaftsleben zerrütten, aber an eine Verstaatlichung der Banken, was doch das Nächstliegende und für die Allgemeinheit noch am ersten Erträgliche sei, habe noch niemand dieser weisen Herren auch nur zu denken gewagt!

Es versteht sich am Rande, daß ein demokratischer Bankdirektor über den Staatsbankerott anders urteilen muß als ein deutschnationaler und deutschvölkischer Politiker. Ein demokratischer Bankdirektor aber sprach am vergangenen Sonntag in der von den Halleschen Demokraten veranstalteten und laut als „gelungen" gepriesenen Versammlung. Es war der einer internationalen Familie entstammende Dr. Yalmer Schacht aus Berlin, der die geheimnisvollen Künste, mit denen der Staatsbankerott verhindert werden könne, bekanntgeben sollte. Und was sagte Herr Dr. Yalmer Schacht? Er schilderte die Finanzlage der deutschen Republik, deren Schulden er auf 1000 bis 1200 Milliarden Mark bezifferte, und meinte dann, wenn Deutschland diese bezahlen sollte, dann sei allerdings der Staatsbankerott da, dann habe Herr Kunze recht! Womit will aber, so muß man fragen, Herr Bankdirektor Dr. Yalmer Schacht beweisen, daß Deutschland seine Schulden nicht zu bezahlen brauche?? Herr Dr. Yalmer Schacht hat hierfür ein Beweismittel, das bekannte Argument der Demokraten, nämlich die Hoffnung auf die Einsicht unserer Feinde, die doch schließlich erkennen werden, daß es in ihrem eigenen Interesse nicht liegen kann, wenn Deutschland wirtschaftlich zusammenbricht. Wir haben hier wieder die alte Illusionspolitik der Demokraten, die den Kopf vor den unabwendbaren Gefahren verbergen, und sich und anderen einreden, diese Gefahren seien nicht da, wenn man nicht hinsehe oder daran denke. Auf dieselbe Weise wurde ja dem Volke auch der Verständigungsfriede vor die Seele gegaubert, den es bekommen würde, wenn es sich demokratisiere und die Monarchie abschaffe. Diejenigen, welche ein solches Hirngespinst geißelten und forderten, daß dem Volke die rücksichtslose Wahrheit über die Vernichtungsabsichten der Feinde gesagt werde, wurden von den Demokraten als Kriegsverlängerer, Ausbeuter und anderes verschrieen. Jetzt zeigt sich wieder dasselbe Spiel. Der Staatsbankerott, den auch Herr Dr. Yalmer Schacht kommen sieht, wird von den Demokraten hinausgezögert unter trügerischen Hoffnungen, und die Deutschnationalen, welche die Situation ungeschminkt darstellen, werden in der Oeffentlichkeit als diejenigen denunziert, welche die kleinen Sparer um ihre Notgroschen bringen wollen und das Chaos in ihr Aufbauprogramm geschrieben hätten. Nun macht sich allerdings nicht derjenige immer beliebt, der unangenehme Wahrheiten sagen muß, und nach alter Erfahrung wird derjenige das Ohr der Massen haben, der vorgibt, Mittel zu besitzen, mit denen Gefahren gebannt werden können. Das letztere tun heute wieder die Demokraten, die bezüglich des Staatsbankerotts durch ihre mit Unwahrhaftigkeit und Unaufrichtigkeit gemischte Illusionspolitik dem Volke ebenso schaden werden, wie sie ihm mit dem Trugbilde des Versöhnungs-, Gerechtigkeits- und Verständigungsfriedens geschadet haben. h. b.

Holländischer Kredit für Deutschland

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 19. Januar.

Die zwischen der deutschen und der holländischen Regierung seit einiger Zeit schwebenden Verhandlungen über die Gewährung eines holländischen Staatskredits an Deutschland, stehen, wie wir hören, kurz vor dem Abschluß. Es handelt sich um eine Summe von 200 Millionen Gulden, das wäre nach dem heutigen Kurse 4 Milliarden Mark. Davon sollen 140 Millionen Gulden zum Ankauf von Rohstoffen, 60 Millionen zum Ankauf von Lebensmitteln dienen. Der Kredit wird auf 10 Jahre gegeben und wird in dem Maße weiter gewährt, in dem die Abzahlungen seitens Deutschland erfolgen. Deutschland seinerseits verpflichtet sich, die Rohstoffe und Lebensmittel aus Holland zu beziehen.

Der Erzberger-Prozeß

(Fortsetzung der Montag-Sitzung.)

Verlesung der Flugschriften Helfferichs.

Berlin, 19. Januar.

Der Vorsitzende hält es im weiteren Verlaufe der Sitzung für notwendig, zunächst alle inkriminierten Artikel verlesen zu lassen. Die Verlesung nimmt sehr lange Zeit in Anspruch.

Zur Verlesung gelangt auch das Vorwort Dr. Helfferichs zu der Broschüre „Fort mit Erzberger!" Es wird darin gesagt: Es sei ihm in erster Reihe darauf angekommen, das deutsche Volk von der Wahnidee zu befreien, daß ein für ein besiegtes Deutschland annehmbarer Friede an dem Kriegswillen des Kaisers, der Reichsregierung, der Heeresleitung, der Schwerindustrie, der Alldeutschen oder sonstiger verantwortlicher oder unverantwortlicher Faktoren gescheitert sei; ferner auch die Befreiung des deutschen Volkes von der Regierung eines Mannes, den er als Reichsverderber bezeichnen müsse. Es wird weiter darin ausgeführt, daß der Kriegswille der Feinde im gegebenen Augenblick durch unverantwortliche Treibereien des mit dem Wiener Kaiserhof hinter dem Rücken der verantwortlichen Staatsmänner Oesterreich-Ungarns und Deutschlands agierenden Herrn Erzberger neu gestärkt worden sei.

In dem Artikel in der Nr. 300 der „Kreuzztg." wurde ausgeführt, daß an die Friedensresolution vom Juli 1918, zu deren Durchbringung Erzberger den ersten Streich geführt habe, sich alles weitere geknüpft habe, sowohl die defaitistisch-pazifistische Agitation, wie auch die revolutionäre Propaganda im Heimat und Heer. Herr Erzberger habe diesen verhängnisvollen Vorstoß gemacht, ohne vorher die Reichsleitung von seiner Absicht zu unterrichten, ja ohne auch nur seiner eigenen Partei diesen Vorstoß anzukündigen: Dagegen habe er seinen Vorstoß im Einverständnis mit dem Leiter der österreichischen Politik, zu auf dessen Anstiften unternommen. Herr Erzberger habe dazu hergegeben, die Geschäfte der Wiener Politik gegen die eigene Regierung zu besorgen und den Boden bereitet für einen Frieden nicht etwa der Verständigung, sondern des Verzichts und der Unterwerfung. Erzberger hat diese Angriffe in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 2. Juli scharf zurückgewiesen. Die Bemühungen um die Kundgebung des Reichstages seien erfolgt nach eingehender Rücksprache mit dem Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, den Staatssekretären Graf Roedern und Dr. Solf und auch mit Dr. Helfferich. Die gegenteilige Behauptung sei eine grobe Unwahrheit. Ebenso unwahr sei die Behauptung, daß die Resolution im Einverständnis, ja auf Anstiften des Grafen Czernin erfolgt sei. — In seiner Erwiderung vom 8. Juli sprach Dr. Helfferich davon, daß Erzberger einen bei ihm nicht ungewohnten Mangel an Fanatismus für die Wahrheit befundet habe. Durch die Resolution vom 7. Oktober 1918 habe die gesamte Zentrumsfraktion, die auch Herr Erzberger unterschrieben habe, dem Reichskanzler für die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges im voraus politische Absolution erteilt. Es gehöre die ganze Konstitution dieses Mannes dazu, andere Personen und Parteien seit länger als Jahr und Tag wegen eines Entschlusses anzugreifen, für den er selbst im voraus seinen Teil der politischen Mitverantwortung übernommen habe. In der „D. Allg. Ztg." vom 4. Juli machte Erzberger Feststellungen zum Beweise für die Unrichtigkeit der Helfferichschen Behauptungen: Von der Friedensaktion im Juli 1917 sei die Reichsregierung vorher verständigt worden. Was den U-Bootkrieg betrifft, so bemänkele er seine hoffnungsfreudigen Aeußerungen im Februar 1915 über die Aussichten des U-Bootkrieges keineswegs. Er habe, wie ganz Deutschland damals, aufgebaut auf das Wort des Großadmirals Tirpitz. Im Dezember 1916 sei aber eine vollkommen neue Situation eingetreten gewesen. Der Grund, warum Helfferich es gerade auf Erzberger abgesehen habe, liege darin, daß Herr Erzberger es gewesen sei, der bereits damals die Entberlichkeit Helfferichs erkannte und dafür sorgte, daß er — als Vizekanzler Herrn v. Payer den Platz räumen mußte. — Helfferich erwiderte am 5. Juli in der „Kreuzztg.": Die Behauptung, daß Erzberger seine Mitwirkung zur Herbeiführung der Reichstags-Friedensresolution der Reichsleitung vorher mitgeteilt habe, sei und bleibe eine Unwahrheit. Auch sei es eine glatte Unwahrheit, daß Herr Erzberger die Friedensresolution in einer unter Vorsitz Helfferichs stattgehabten Konferenz im Reichsamt des Innern angekündigt habe. Herr Erzberger möge sich drehen und wenden, wie er will, er könne seine gegenteiligen Behauptungen nicht entkräften. — Erzberger erwiderte in der „D. Allg. Ztg." vom 6. Juli, daß die Friedensaktion nicht „im Bunde" und noch weniger „auf Anstiften" der Wiener Politik eingebracht worden sei.

Helfferich erwiderte in der „Kreuz-Ztg." vom 7. Juli, dann folgte von ihm am 9. Juli eine Darlegung über die finanzielle Schuldfrage im Anschluß an die von Erzberger in der Nationalversammlung vom 8. Juli gehaltenen großen Rede, mit der er zehn Steuervorlagen einbrachte. Dr. Helfferich verwahrte sich darin u. a., daß die Sünden der Revolutionsfinanzanarchie einfach auf das Konto der Kriegsfinanzpolitik übertragen werden und sucht darzulegen, daß der Vorwurf des Herrn Erzbergers, seine (Helfferichs) Kriegsfinanzpolitik sei leichtfertig gewesen, völlig unzutreffend sei. — Ueber dieses Thema: Das Reichsnotopfer und die Beteiligung des Herrn Erzbergers an Schiedssprüchen zugunsten einer Privatgesellschaft, in deren Aufsichtsrat E. bald nachher eingetreten sei, verbreiten sich die nächsten Artikel in der „Kreuz-Ztg." und in der „D. Allg. Ztg." In einem Artikel der „D. Allg. Ztg." erklärt Erzberger u. a. die finanzpolitischen Angriffe durchaus verfehlt und für Helfferichsche Legendengebildung und verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß er „zugunsten" einer Privatgesellschaft einen schiedsrichterlichen Spruch abgegeben habe, in deren Aufsichtsrat er bald nach dem letzten Spruch eingetreten sei. Wenn Herr Helfferich vom „Krebsschaden Erzberger" spreche, an dem Deutschland zugrunde gehen müsse, so antwortet Erzberger: Wenn das Deutsche Reich und das deutsche Volk nahe an den Rand des Abgrundes geführt worden seien und jetzt am Rande des Abgrundes stehen, so habe gerade Herr Helfferich sein gerüttelt Maß Schuld daran. Unter seiner Aegide seien die schwerindustriellen Aspirationen auf Belgien organisiert worden. Er sei der Exponent jener verhängnisvollen Politik, die eine geradlinige Politik gegenüber Belgien zu hintertreiben wußte und die das Deutsche Reich und das deutsche Volk dadurch in den Zusammenbruch geführt haben.

Eine Unterbrechung in der Verlesung der Broschüre Dr. Helfferichs benutzte Erzberger zu der Feststellung, daß seine in der Broschüre enthaltene Rede in der Nationalversammlung am 25. Juli 1919 nicht dem Wortlaut des amtlichen Stenogramms entspräche. Rechtsanwalt Alberg, der Verteidiger Dr. Helfferichs, erklärt daraufhin, daß der Wortlaut der Rede Erzbergers dem „Reichsanzeige" entnommen sei und die Möglichkeit einer späteren Korrektur des amtlichen stenographischen Berichts dieser Rede bestehe. Vorsitzender: Die Angelegenheit wird noch später aufgeklärt werden. Die Verlesung der Artikel Helfferichs und der übrigen inkriminierten Artikel der „Kreuz-Zeitung" nimmt über drei Stunden in Anspruch und ist erst gegen ½2 Uhr beendet. Der Vorsitzende schlägt hierauf vor, wegen der vorgerückten Zeit nicht weiter zu verhandeln. Am nächsten Tage soll der Fall Thyssen verhandelt und zuvor überhaupt sämtliche Verquickungen der privat-finanziellen und politischen Tätigkeit des Reichsfinanzministers klargestellt werden, ehe man an den ersten Fall herangehen will. Zum Fall Thyssen wird der Reichsfinanzminister als Zeuge auftreten. Die morgige Verhandlung wurde auf ½10 Uhr angesetzt.

Ungarns Frieden „unerfüllbar"

Budapest, 19. Januar.

Das Korr.-Büro meldet aus Neuilly: In dem am Freitag vor dem Fünferrat gehaltenen Exposé führte der Präsident der ungarischen Friedensdelegation, Graf Apponyi, aus, er müsse erklären, daß er den Friedensvertragsentwurf ohne wesentliche Aenderungen nicht annehmen könne. Er sei sich bewußt, mit welchen gefährlichen Folgen diese verbunden sein könne. Aber wenn nur zwischen der unbedingten Annahme oder der Zurückweisung des Friedensvertrages zu wählen sei, so ergebe sich für Ungarn nur die Frage, ob es Selbstmord begehen solle, damit man es nicht töte. Glücklicherweise sei man noch nicht so weit. Die ungarische Delegation sei in der Lage, ihre Bemerkungen vorzubringen. Was bedeute, daß noch nicht das letzte Wort gesprochen sei, und daß die Dokumente, die die Friedensdelegation unterbreite, einer gewissenhaften Prüfung unterzogen werden würden. In diesem Falle, sagte er, hoffen wir, Sie überzeugen zu können, um so mehr, als wir in unseren Argumenten nicht unsere Gefühle zur Schau stellen, sondern ein Terrain suchen, auf dem wir mit Ihnen gehen können. Graf Apponyi erinnerte an das große Prinzip der internationalen Gerechtigkeit und Freiheit der Völker, das die Alliierten so hochgemut verkündet hätten, sowie an die großen Interessen, die sich an einen dauernden Frieden und den Wiederaufbau Europas knüpften. Clemenceau unterbrach hier den Redner mit der Bemerkung, daß dessen bisherigen Ausführungen nunmehr ins Englische übersetzt würden. Apponyi erwiderte, er möchte das lieber selber tun. Apponyi erklärte sodann, daß vor allem die außerordentlich schweren Bedingungen erschütternd wirken. Sicherlich seien auch Deutschland, Oesterreich und Bulgarien harte Bedingungen auferlegt, aber keiner dieser Staaten werde durch diese Bedingungen so sehr betroffen, wie Ungarn durch die vollkommene Zerstückelung seines Gebietes und seiner Bevölkerung. Ungarn würde aber nicht nur vollkommen zerstückelt, sondern es würde, wie er durch unzweifelhafte Daten beweisen könne, das Gebiet, das von Ungarn übrig bleibe, jeder Möglichkeit wirtschaftlichen Aufblühens beraubt werden. Wie lasse sich dies mit den großen Prinzipien vereinbaren, von denen sich die Alliierten leiten lassen müßten? Apponyi besprach sodann die Angelegenheit der Kriegsgefangenen, die erst nach Inkrafttreten des Friedensvertrages heimbefördert werden könnten. Er kam sodann auf die geographische und wirtschaftliche Einheit Ungarns zu sprechen und führte Argumente an, die beweisen sollten, daß Ungarn durch die Friedensbedingungen in eine vollkommen unmögliche Lage gebracht würde, indem es beispielsweise Holz und Eisen liefern solle, während es doch selbst bezüglich dieser Artikel auf die Einfuhr angewiesen sei.

(Nachdruck verboten.)

Das Spiel mit dem Tode

20] Roman von Lola Stein.

Amerikanisches Copyright 1919 by Carl Duncker, Berlin.

Er legte sein Haupt in den kühlen Sammet ihres Kleides, er faßte nach ihren Händen und preßte und küßte sie. Und sie fand nicht mehr die Kraft, ihm zu wehren.

„Maja," stammelte er, „Maja. Sie wissen ja nicht, wie es aussieht in mir. Wie diese Leidenschaft mich verheert hat, zerrüttet, vernichtet, elend gemacht. Sie ist über mich gekommen wie ein Zauber und wie ein Fieber, gleich als ich Sie zum ersten Male sah, sie ist wie ein berauschender, wie ein tödlicher Trank. Sie ist wie ein süßes und dennoch vernichtendes Gift.

Ich bin ein anderer geworden, seit ich Sie kenne. Ich habe über die Liebe gelacht und gespottet, ich habe Frauen geküßt und vergessen und verlassen und nicht danach gefragt, ob sie zerbrochen waren und elend.

Diese Leidenschaft ist wie eine Rache des Schicksals.

Sie macht mich rasend und toll.

Sie raubt meinen Tagen die Ruhe und meinen Nächten den Schlaf. Sie nimmt mir Gesundheit, Lebenskraft, Arbeitslust und Mut. Ich kann nicht mehr arbeiten, Maja. Ich kann nichts mehr denken, fühlen, begreifen als Sie, Sie, Sie!"

Er brach stöhnend ab. Sie saß ganz still, zitternd vor diesem elementaren Ausbruch wildester Leidenschaft, hilflos und rührend und tief bewegt.

„Raoul," sagte sie nach einer Weile, „mein Freund. Ich habe Sie sprechen lassen, weil Sie es wollten. Nun hören Sie auch mich. Sie müssen diese Liebe zu mir verwinden und vergessen. Sie müssen Berlin verlassen und Meere und Länder zwischen uns legen.

Denn Sie wissen: ich bin nicht frei. Schon einmal sagte ich Ihnen, daß für mich die Ehe ein Sakrament sei, und daß auch ohne diese Auffassung meinerseits mein Mann mich nie, nie lassen würde.

Ich aber kann ihn nicht verlassen und heimlich und ehrlos mit Ihnen leben, nein, Raoul, das kann ich nicht."

„Hast du keinen Mut?" forschte er, „liebst du mich nicht? Maja, bin ich dir nichts?"

Sie erzitterte. „Lieben? Ich weiß es nicht. Aber auch ich bin eine andere geworden, seit Sie in meinem Leben sind. Sie kennen Ihre Macht über mich, ach, nur zu gut kennen Sie sie. Sie lassen meinen Willen erlahmen, meine Kräfte schmelzen, meine Wünsche vergehen, wenn Sie es wollen. Ich zittere vor dieser unfaßbaren, dieser schrecklichen Gewalt, die Sie doch über mich haben. Sie wissen es wohl. Aber so willenlos bin ich doch nicht, so machtlos doch nicht, daß ich das Letzte, das Einzige vergesse, was mir geblieben ist: meine Ehre."

„Nennst du das Ehre," flüsterte er wild, „das? Bei einem ungeliebten Manne leben, seine Sklavin sein und sein Geschöpf? Einst nanntest du es keine Schmach!"

„O du mein Gott!" schrie sie verzweiflungsvoll auf. Sie entriß ihm ihre Hände, sie schlug sie vor ihr Antlitz. „Ich habe diese Ehe ja auch stets als Schmach empfunden, ich empfinde sie heute noch so. Aber das andere? Das, was Sie wollen, Raoul, ich hätte keine ruhige Stunde, wenn ich heimlich und pflichtvergessen an Ihrer Seite leben würde."

„Bist du so klein?" fragte er, „bist du so zaghaft und klein?"

„Nennen Sie es, wie Sie wollen, nennen Sie es klein. Ich weiß nicht wie es ist. Aber ich weiß, daß ich niemals, niemals etwas täte, was das Licht der Sonne zu scheuen hätte.

Ich bin in diese Ehe hineingehetzt und ich würde sie befreit und glückselig lösen, wenn ich es könnte, wenn Hermann mich in Güte von sich ließe. Aber — brechen — nein, brechen kann ich auch diese Ehe niemals. Das wollte und mußte ich Ihnen sagen.

Dazu vermag mich auch Ihr Wille nicht zu treiben. Und wenn doch — wenn es Ihnen je gelänge — Raoul, ich schwöre Ihnen — Sie würden es bereuen. Wenn Ihr Wille mich so machtlos werden ließe, daß ich täte, was Sie wollen — Raoul — ich würde so unglücklich, so elend, so zerbrochen dann sein, daß Sie selbst bereuen würden, mich soweit getrieben zu haben."

Er streckte abwehrend die Hände aus, er sprang auf, ging mit großen Schritten durch das Gemach, blieb wieder vor ihr stehen.

„Maja, Maja, sprechen Sie nicht so. Nein, nein, ich schwöre Ihnen, nie werde ich etwas wollen, was Sie so unglücklich macht.

Ich habe es gewußt, immer habe ich es gewußt, daß Sie mir nie die Geliebte würden, nie habe ich nach diesem Ziel getrachtet, ich schwöre es Ihnen. Immer habe ich Sie mir vom Schicksal als mein Weib erfleht!"

„Ich kann es nicht werden!" sagte sie hoffnungslos.

Er setzte sich neben sie, rang nach Worten, fand keine in seiner übergroßen Erregung. Beide blieben sie stumm.

Wieder stand er überwältigt vor ihrer Reinheit. Einst hatte er über die allgemeinen Moralbegriffe gelacht, sie die Ansichten von Spießbürgern genannt. Auch Maja war in diesen Begriffen erzogen, streng und korrekt dachte sie. Nie würde sie abweichen vom geraden Wege der Pflicht, das fühlte er wohl. Soweit ging seine Macht nicht über diese Frau, daß sie um seinetwillen etwas tun konnte, was ihr schlecht und verwerflich erschien.

Groß war auch seine Macht über dies Herz. Aber so groß, doch nicht, um Maja Lindner abzubringen von dem, was ihr als ihre Pflicht erschien.

Er liebte sie, seit er sie sah. Er hätte sie geliebt, immer und immer, wie sie auch gewesen wäre. Und wäre sie ihm gleich anderen jauchzend in die Arme geflogen, ohne Kampf und ohne Mühe, er hätte sie darum nicht weniger geliebt.

Aber vielleicht reizte ihre Verschlossenheit, ihre Kühle, ihre Unnahbarkeit seine Leidenschaft doch noch mehr, entfachte sie zu immer helleren Flammen, ließ sie brennen in immer wilderer Glut. Zum ersten Male ward er in Wahrheit um eine Frau, zum ersten Mal ward ihm kein mühelos, kein leichter und lachender Sieg.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001201-17/fragment/page=0002

Der Parteitag des Zentrums

Berlin, 20. Januar.

Gestern vormittag hielt der Zentrumsparteitag im Plenarsaale des Reichstages seine erste Sitzung ab. Nach einigen Begrüßungsworten des Vorsitzenden der Nationalversammlungsfraktion, Abg. Trimborn, wurde Präsident Fehrenbach zum Vorsitzenden der Versammlung gewählt. Er widmete dem scheidenden bisherigen Vorsitzenden der Zentrumspartei, Abg. Gröber, einen längeren Nachruf. Er ging dabei auch auf die allgemeine Parteipolitik ein. Der Redner warf einen Rückblick auf die politischen Ereignisse seit dem 9. November 1918. Das Zentrum habe die Aufgabe gelöst, die Einheit des Reiches, die durch die Revolution gefährdet war, sicherzustellen. Aber nachdem das geschehen sei, bestehe die Notwendigkeit, den einzelnen Stämmen im deutschen Staatskörper eine größere Selbständigkeit im Rahmen des Reiches zu geben.

Dann erhielt der Abg. Trimborn das Wort zu einem Referat über die allgemeine politische Lage und die Politik des Zentrums. Er betonte einleitend die außerordentlich drückenden Friedensbedingungen, die keinesfalls eingehalten werden können. Das Streben der Christlichen Volkspartei werde sich darauf richten, uns so bald wie möglich von diesem Joche zu befreien. Die Revolution werde vom christlichen Standpunkt der Zentrumspartei aus verworfen. Sie habe zwar nicht den Verlust des Krieges verursacht, aber doch unsere Leiden erheblich vermehrt. Die Revolution war in politischer Beziehung nicht notwendig, denn schon vorher war die Einführung des parlamentarischen Systems im Gange. Es steht fest, daß die Rechtssozialisten die Revolution nicht gewollt, sondern eine Demokratisierung auf friedlichem Wege erstreben. So wenig erschien ihnen die Revolution als politische Notwendigkeit. Der Eintritt des Zentrums in die Koalitionsregierung erwies sich als eine unbedingte Notwendigkeit, um dem Ausland gegenüber eine vertrauenswürdige Regierung und im Innern Ruhe und Ordnung zu schaffen. Trimborn streifte dann kurz die Ereignisse des 9. Januar vor dem Reichstagsgebäude und erklärte, daß die Regierung in ihrer Zusage, jede weitere derartige Störung mit aller Macht zu unterdrücken, nicht wanken und schwanken dürfte. Dann ging der Redner auf die Reichsverfassung über, der er trotz mancher Mängel als ein gewaltiges Geisteswerk bezeichnete. Während früher in die Zentrumspartei keine Republikaner aufgenommen wurden, ist dies jetzt der Fall. Indem sich das Zentrum damit auf den Boden der Republik gestellt hat, ist der monarchische Grundsatz der Partei durchbrochen worden. Hätte sich das Zentrum nicht auf den Boden der Republik gestellt, so würde es im Anschluß an den vierjährigen Krieg einen langen blutigen Bürgerkrieg gegeben haben. Wir sind aber der Auffassung, daß die Republik nun zu zeigen haben wird, ob sie wirklich die bessere Staatsform ist. Trimborn verbreitete sich dann ausführlicher über die einzelnen Verfassungsbestimmungen. Alle Bestrebungen, die Monarchie auf einem anderen Wege als dem verfassungsmäßigen wieder herzustellen, lehne das Zentrum grundsätzlich ab. Der Redner ging dann auf die Stellung Preußens im Reich ein, das jetzt im Reichsörper aufgehen müsse; denn es habe seine Mission erfüllt. In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte sich der Redner mit der Abspltterung der bayerischen Volkspartei. Er sprach seine Ueberraschung darüber aus, daß ein einzelner Mann es fertig brachte, das bayerische Zentrum zum Austritt aus der Reichsfraktion zu veranlassen.

Die neue preußische Verfassungsvorlage ist bisher vom Staatsministerium noch nicht beraten worden, doch ist beabsichtigt, die Vorlage noch in diesem Monat der Landesversammlung vorzulegen, um ihre Verabschiedung bis Ostern zu ermöglichen. Die neue Verfassung gerüstet in zehn Abschnitte und behandelt folgende Punkte: Stellung und Rechte der Preußen, Parlament, Volksrecht, Selbstverwaltung der Provinzen und Gemeinden, Rechtsstellung der Staatsbeamten, Schulfrage, Verhältnis zwischen Staat und Kirche, staatliche Kommunikationsmittel, Finanzgebarung des Staates. — Mit den Grundzügen des Entwurfes hat sich das Staatsministerium bereits einverstanden erklärt. Die Vorlage ist in demokratischem Geiste gehalten und wird, da auch die Mehrheitsparteien ihre Grundzüge gebilligt haben, ohne größere Kämpfe verabschiedet werden können.

Halle und Umgebung

Halle 20. Januar.

Stadtverordneten-Sitzung

Nach Eröffnung der Sitzung verlieft Stadtverordnetenvorsteher Hennig einen eingegangenen Antrag auf Ausbau der Straßenbahnlinie 2 und Beseitigung der durch die neue Linienführung eingetretenen Mißstände im Interesse unserer Stadt. Stadtv. Minner (Dem.) weist im Anschluß hieran darauf hin, daß der Osten nur zwei Zugangswege besitze, Berliner und Delitzscher Straße. Durch die neue Verkehrsordnung sei den Anwohnern die Möglichkeit genommen, für 30 Pfg. in das Innere der Stadt zu gelangen. Man möge die Weiterführung der Strecke über die Berliner-Straßen-Brücke hinaus in Erwägung ziehen. Stadtv.-Vorsteher Hennig antwortet, daß noch mannigfache Mängel im Verkehrsausschuß zur Sprache kommen werden. Die Eingabe wird dem Magistrat weitergereicht. — Der Ortsverband Hallescher Wintervereine bittet bei der bevorstehenden Wiederung der Lustbarkeitsordnung um Hinzuziehung von Sachverständigen. Auch diese Eingabe geht an den Magistrat weiter. In dritter Stelle findet ein Dankschreiben des Ausschusses für Beamten-Hochschulkurse Erwähnung. Zum Schluß teilt der Stadtverordnetenvorsteher mit, daß an die Stelle des ausscheidenden Stadtverordneten Koenen Stadtverordneter Otto rückt, welcher sodann durch Oberbürgermeister Rive in sein Amt eingeführt wird.

Es erfolgt Uebergang zur Tagesordnung. Die Deputations- und Ausschußwahlen sowie ein Aenderungsantrag des Stadtverordneten Herzfeld (Dem.) betreffend Berücksichtigung der Künstlerschaft bei eintretenden Vakanzen werden genehmigt und die Wahl der Stadtvv. Knauthe, Minner und des Architekten Rocdiger in das Kuratorium der Handwerker- und Kunstgewerbeschule bestätigt. — Gegen die Wahl der Stadtverordneten Frl. Boltze (Deutschnat.) zum Mitglied des Vorstandes der Stiftung Adelheids Ruh bestehen seitens der Versammlung keine Bedenken.

Erweiterung des Emilienheims.

Ferner erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß die Räume der jetzigen Kinderlesehalle zur Erweiterung des Säuglingsheims umgestaltet und eingerichtet werden und die Kinderlesehalle aus dem Emilienheim in das zweite Stockwerk des Hauptgebäudes der Betheke-Lehmann-Stiftung verlegt wird. Die nach den vorgelegten Voranschlägen voraussichtlich entstehenden Kosten sind für die Beschaffung der Einrichtungsgegenstände der Erweiterung des Säuglingsheims mit 18 500 M. aus Mitteln der Betheke-Lehmann-Stiftung vorschußweise zu leihen. Der Kinderlesesaal wegen und da die Preise fortgesetzt steigen, soll mit den Arbeiten sofort begonnen werden. — Des weiteren wird dem Beschlusse des Magistrats, für die Ausführung der als notwendig bezeichneten Arbeiten zur Einrichtung von Kleinwohnungen in Magdeburger Straße 5 10 000 Mark bereitzustellen, zugestimmt.

Stadtv. Minner (Dem.) bittet, für 20 Motorwagen und 40 Anhängewagen aus dem Erneuerungsfonds der Straßenbahn nachzubewilligen. Dafür werden die aus der Wagenfabrik Wismar bestellten neuen Wagen an Stelle der verlorenen Beschaffung in Frieggenzeit hätten in dauerhafter Friedensqualität erhalten. Die Mehrkosten werden sich durch die Ersparnisse an Erneuerungskosten, die bei der Ausführung des Ersatzes in minderwertiger Qualität zweifellos in kurzer Zeit erforderlich sein würden, bezahlt machen. Der Antrag wird angenommen. Weiter wird beschlossen, da in dem bezüglich des Fahrpersonals der Straßenbahn (Führer, Schaffner und Weichenwieller) geschlossenen Zusatzvertrage zum allgemeinen städtischen Tarifvertrag vereinbart ist, daß die bei der A. E. G. Stadtbahn Halle und bei der Hallescher Straßenbahn A.-G. zurückgelegten Dienstjahre in allen Beziehungen so behandelt werden sollen, als ob sie im Dienste der Stadt Halle verbracht worden wären, nunmehr auch die früheren Dienstjahre des übrigen Personals der Straßenbahn (Oberführer, Werkstatt-, Stations- und Büropersonal) aus Gründen der Billigkeit und Gleichmäßigkeit in der gleichen Weise zu behandeln sind.

Stadtv. Hoë (Dem) teilt mit, daß der Haushaltungsausschuß zwei Gesuche von Verwaltungssekretären um Beförderung zu Stadtsekretären abgelehnt hat und schlägt ein weniger strenges Vorgehen bei den Examensforderungen vor. — Stadtv. Sorger (Dem.) weist darauf hin, daß es bei völligem Wegfallen der Examina der Verwaltungssekretäre auf das Urteil des Vorgesetzten ankäme. Er empfiehlt erleichterte Stadtsekretärprüfungen unter Fortfall der mündlichen Prüfung. — Stadtv. Hoë möchte das Prinzip gewahrt wissen, daß der Beamte von der niedrigsten Stufe aufsteigen kann. — Stadtv. Osterburg (Unabh.) hält auch Zwischen- und Prüfungen nicht frei von Begünstigungen. — Stadtv. Kleeis (Mehrh.-Soz.) erinnert daran, daß man einen Fehler machte, als einige Beamte ohne Prüfung befördert wurden. — Stadtv. Brettschneider (bei keiner Fraktion) bittet um Berücksichtigung der Kriegsteilnehmer. — Stadtv. Gelbaar (Unabh.) glaubt, daß ohne Prüfungen eine Protektionswirtschaft großgezogen würde und schlägt vor, bei einer Beförderung ohne Prüfung den Haushaltungsausschuß hinzuzuziehen, um Protektionen auszuschließen. Die Abstimmung über den Antrag Sorger ergibt Ablehnung. Der Antrag des Haushaltungsausschusses mit dem Zusatz des Stadtverordneten Gelbaar wird angenommen.

Nachbewilligungen für den Etat 1919.

Die Verstärkung des Haushaltungsplanes 1919 um 4900 Mark (Ueberschreitung des Polizeietats) wird genehmigt. Der Antrag des Magistrats in Uebereinstimmung mit der Stadtbaudeputation, die Verstärkung des Haushaltungsplanes für 1919 um 56 990 Mark aus dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds des laufenden Haushaltsplanes zu bewilligen, wird angenommen. Der Haushaltungsausschuß empfiehlt die auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen notwendig gewordene Etatsüberschreitung in Höhe von 282 381,50 Mark zur Annahme. Voraussichtlich wird noch mit einer weiteren Ueberschreitung von 400 000 bis 450 000 Mark gerechnet werden müssen.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Beschlusse des Magistrats zu, die Position für Kinderpflege 1919 um 25 000 Mk. zu verstärken und einen gleichen Betrag hierfür aus dem gemeinsamen Dispositionsfonds (unvorhergesehene Einnahmen) zur Verfügung zu stellen.

Aufwandsentschädigung für unbesoldete Stadträte.

Die U. S. P. beantragt, daß den unbesoldeten Stadträten eine monatliche Aufwandsentschädigung von 300 Mark rückwirkend vom Beginn ihrer Tätigkeit bewilligt werde. — Stadtv. Hildebrandt (Unabh.) führt in der Begründung des Antrages an, daß eine demokratische Vertretung nur möglich wäre, wenn der Aufwand entschädigt würde. Wenn aus proletarischen Schichten Männer in den Magistrat gelangen, muß dieser auch für ein entsprechendes Auftreten sorgen. Keiner will von seinem Erwerb den Aufwand für die Stadt bezahlen. Wenn sich früher Magistratsmitglieder ohne Vergütung zur Verfügung gestellt haben, so konnten sie sich, da sie Einblick in städtische Verhältnisse, Konjunkturen usw. hatten, Vorteile verschaffen. (Widerspruch und Entrüstung bei der Rechten.) Ich bitte daher um einstimmige Annahme. — Oberbürgermeister Rive rügt die Verdächtigungen des Vorredners. — Stadtv. Hildebrandt (Unabh.) spricht von dem Haß derer, die von unten kommen, gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft unter lebhafter Zustimmung der Linken. — Stadtv.-Vorsteher Hennig hält die Ausführungen des Stadtv. Hildebrandt für allgemein gesprochen und bittet, die Zwischenrufe auf ein erträgliches Maß zu beschränken. — Stadtv. Bock (Unabh.) hält Fälle erwähnter Art in der Zeit bürgerlicher Stadträte für möglich, für lächerlich in der Zeit des Schiebertums. Der Antrag wird dem Haushaltungsausschuß überwiesen in Verbindung mit einem zweiten Antrag des Stadtv. Kleeis (Mehrheitssoz.) auf Herabsetzung der Entschädigung auf 200 Mk. monatlich.

Gewährung von Zuschüssen zur Erwerbslosenunterstützung.

Neben einem allgemeinen Antrag auf Gewährung von Zuschüssen zur Erwerbslosenunterstützung (Stadtv. Kürbs) hat die U. S. P. folgende beiden Anträge in der gleichen Angelegenheit eingebracht:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, an die Reichsregierung die Forderung zu richten, die Sätze der Erwerbslosenunterstützung um 50 vom Hundert zu erhöhen." (Stadtv. Hildebrandt.)

und

„Der Magistrat wird ersucht, die Erwerbslosenunterstützung für die Frauen auf die gleiche Höhe der Unterstützung der Männer zu stellen." (Frau Stadtv. Krüger.)

Stadtv. Kürbs (Unabh.) führt hierzu etwa folgendes aus: Die Arbeiterschaft ist infolge der eingetretenen Kohlennot vielleicht gezwungen, ihre Arbeit niederzulegen. Sie steht allerdings auf dem Standpunkt, daß eine große Menge Kohlen und Koks nach dem Ausland verschoben wird. Wenn sie nun durch eine eventuelle Stillegung der Betriebe in eine derartige Notlage gebracht wird, so muß naturgemäß die Gemeinde für sie sorgen. Wir haben uns indes im Sozialen Ausschuß davon überzeugen lassen, daß seitens der Gemeinde keine finanzielle Hilfe zu erwarten ist. Gleichwohl ersuchen wir um eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und bitten darauf hinzuwirken, daß die Ortslöhne erhöht und vor allem auch die Stadt Halle in eine höhere Erwerbslosenunterstützungsklasse eingestellt wird. — Stadtv. Hildebrandt (Unabh.): In Halle, das sich in Klasse B befindet, beträgt die Erwerbslosenunterstützung für einen unverheirateten Arbeiter über 21 Jahre 5,20 Mk., für einen verheirateten 6,20 Mk. Diese Entschädigungen sind natürlich viel zu gering. Ist die Stadt nicht in der Lage, die Erwerbslosenunterstützung zu erhöhen, so kann sie vielleicht dafür mehr Kohle oder Lebensmittel bereitstellen. — Frau Stadtv. Krüger (Unabh.): Eine Frau bekommt in Halle wöchentlich 18 Mk. Erwerbslosenunterstützung, für jedes Kind 6 Mk. Diese Entschädigung ist zu gering. Wenn man sagt, die Stadt könnte die Unterstützung nicht erhöhen, so möchte ich demgegenüber feststellen, daß Berlin und Frankfurt am Main eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung aus kommunalen Mitteln ermöglicht haben.

Stadtrat Belthuisen: Die Anträge sind zum großen Teil gegenstandslos. Die gesetzlichen Vorschriften verbieten der Stadt die Ausgabe höherer Sätze. Es sind auch bereits besondere Kommissionen mit der Regelung dieser Angelegenheit beauftragt worden. Es ist richtig, daß in den kommenden Monaten infolge Kohlenmangels die Zahl der Erwerbslosen sich vergrößern wird, wenn auch für die nächsten Wochen dies nicht zu befürchten ist. Es ist ferner richtig, daß die augenblicklichen Sätze nicht ausreichend sind. Der Magistrat hat versucht, die Sätze zu erhöhen, und zwar im Juni und November v. J. Seine Gesuche sind aber vom Regierungspräsidenten und vom Ministerium des Innern abgelehnt worden. Dagegen hat der Magistrat eine Winterbeihilfe ausgezahlt. Danach bekommt einschließlich der gesetzlichen Sätze ein Arbeiter über 21 Jahre eine Unterstützung von 150—176 Mk. monatlich, eine Frau von 120—210 Mk. Einem abermaligen Antrag auf Erhöhung ist vom Volkswohlfahrtsministerium nicht stattgegeben worden. Es ist indessen vom Versicherungsamt eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung zu erwarten. Der Magistrat hat auch bereits entsprechende Vorschläge eingereicht, die eine Erhöhung von 50 Prozent vorsehen. Wenn die beantragte Erhöhung genehmigt wird, so erfordert sie bei einer Unterstützung von 1000 Erwerbslosen für die Stadt einen

Aufwand von 80 000 Mark monatlich.

Es ist aber zu berücksichtigen, daß in der Halleschen Industrie mehr als 10 000 Arbeiter beschäftigt sind. Vom Reiche ist überdies eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung für Frauen vorgesehen. Jedenfalls ist in dieser Angelegenheit seitens des Magistrats alles getan worden. — Stadtv. Kleeis (Mehrheitssozialist) betont, daß die Stadtverwaltung an die Vorschriften der Reichsregierung gebunden sei. Auch für die Erhöhung der Ortslöhne sei lediglich das Oberversicherungsamt in Merseburg zuständig. — Stadtv. Minner (Dem.) weist darauf hin, daß der Arbeiterschaft mit einer Erhöhung der Sätze wenig gedient sei. Die Stadt müsse vielmehr für Notstandsarbeiten sorgen. — Stadtrat Belthuisen bemerkt hierzu, daß der Magistrat auch zu dieser Frage bereits Stellung genommen habe. — Stadtv. Minner (Dem.) bezweifelt die Erwerbsmöglichkeit für Frauen mit dem Hinweis darauf, daß es in Halle so gut wie gar keine Dienstboten und Aufwartefrauen gebe. Den Grund hierfür will Stadtv. Bowitzky (Unabh.) in den geringen Dienstbotenlöhnen erblicken. Er erhebt Vorwürfe gegen das Arbeitsamt, das Stellen unter den tarifmäßigen Löhnen vermittle. Diese Vorwürfe weist Stadtrat Belthuisen zurück. Der Antrag Kürbs wird als erledigt erklärt, die Anträge Hildebrandt und Krüger angenommen.

Uebernahme der Wurstbereitung und Fleischverteilung in städtische Regie.

Es liegt eine Eingabe des Zentralverbandes der Fleischer betreffend Uebernahme der Wurstküche in städtische Regie vor, gegen die sich eine Resolution der Fleischerinnung ausspricht. Hierzu äußert sich Stadtv. Kürbs (Unabh.), daß sich der Sozialisierungsausschuß der Eingabe des Zentralverbandes der Fleischer angeschlossen habe. Durch die Kommunalisierung der Wurstbereitung und Fleischverteilung ließe sich eine bessere Kontrolle, eine strenge Preisfestsetzung und eine einwandfreie Wurstherstellung ermöglichen. Ein finanzielles Risiko sei für die Stadt damit nicht verbunden. Redner betont des weiteren daß auf den städtischen Gütern Schweine gemästet werden sollen und kommt damit auf den Antrag der demokratischen Fraktion folgenden Wortlaut:

„Der Magistrat wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß für die Stadt Halle Schweine gemästet werden und die dazu notwendigen Futtermittel von der Reichsgetreidestelle zur Verfügung gestellt werden."

Dieser Antrag wird vom Stadtv. Mangold begründet: Wenn wir unsere Ernährungsverhältnisse verbessern wollen, so müssen wir die Schweinezucht fördern, dazu ist natürlich die Bereitstellung von Futtermitteln notwendig. Von der Reichsgetreidestelle ist den Kommunen auch Kleie zur Verfügung gestellt worden, aber in zu geringem Maße. Zurzeit sind mit Amerika Verhandlungen über einen Kreditvertrag betreffend Lieferung von 30 000 Tonnen Mais im Gange. Die Kommune muß nun dafür sorgen, daß sie auch mit diesen Futtermitteln beliefert wird, und wir bitten den Magistrat, in dieser Angelegenheit alle notwendigen Schritte zu unternehmen. — Bürgermeister Seydel: Wir haben eigentlich schon die eigene Regie der Wurstfabrikation und Fleischverteilung, nur daß die Stadt hierzu nicht eigene Leute angestellt hat, sondern diese Tätigkeit von Sachverständigen ausüben läßt. Auch eine Kontrolle ist vorhanden. Ich verstehe daher nicht, warum wir etwas beschließen sollen, was wir schon haben. — Nachdem sich noch mehrere Redner in dieser Angelegenheit geäußert haben, stellt Stadtv. Spletz (Christl. Volkspartei) den Antrag auf Schluß der Debatte. Der Antrag auf Kommunalisierung der Wurstbereitung wird mit 83 zu 88 Stimmen angenommen. (Die Stimme des Stadtv.-Vorstehers gibt den Ausschlag!) Auch der Antrag Mangold findet Annahme.

Es werden alsdann noch in der Sitzung einige Beschwerden und Gesuche erledigt.

Versammlungsmüdigkeit?

Von einem deutschnationalen Leser wird uns geschrieben:

In der Sonnabend-Nummer der „Hallischen Allgemeinen Zeitung" wird der zufriedenstellende, man kann ruhig sagen gute Besuch der volksparteilichen Versammlung vom Freitag als besonders beachtlich bei der eingetretenen Versammlungsmüdigkeit erwähnt. Uns ist diese Erscheinung nicht bekannt. Wir haben volle Versammlungen bis Jahresschluß gehabt und dieses Jahr mit übervollen Versammlungen — bei Kunze mußten 1500 Menschen wieder umkehren — Schiele war sehr gut besucht — Wulle war ausverkauft — Beyer, die Volkspartei hielt ja in diesem Jahre die erste Versammlung ab. Es zeigt sich nur bei den Demokraten diese Müdigkeit. Denn man sehe auf den Versammlungskalender der Deutschnationalen! Und dann auf die Rückseite ihrer Eintrittskarten zum Vortrag Traub: da stehen allein schon wieder für Februar neun große Versammlungen: Traub, Bohnenstaedt, Kunze, Kloß, Oberfohren, Kaufmann, Freytag-Loringhoven, Graf Westarp und Oberst Bauer.

— **Deutschnationaler Jugendbund.** Zur Berichtigung des Wochenplanes teilen wir mit, daß Herr Dr. Carlsson seinen Vortrag nicht mehr halten kann. Herr Professor Dr. Scupin hält seinen nächsten Vortrag am kommenden Freitag, den 23. Januar, 8 Uhr in der Leipziger Straße 17.

— **Platzkonzert.** Nach langer Zeit fand am Sonntag wieder einmal ein militärisches Platzkonzert statt. Es wurde in der Mittagsstunde am Hallmarkt von einer Musikabteilung der hier garnisonierenden Landesjäger abgehalten, und zwar unter Leitung C. Steuers, des bekannten langjährigen Ober-Musikmeisters unserer ehemaligen 36er. Die ungefähr 80 Mann starke Kapelle brachte zwar nur durchweg leichtflüssige Musikweisen, Märsche, Potpourri usw., zu Gehör, machte im übrigen ihre Sache aber sehr gut. Zu dem Konzert hatte sich ein zahlreiches Publikum eingefunden. Das Garnison-Kommando hat sich durch die Anordnung dieses Konzerts den Dank zahlreicher Bürger erworben. Eine Wiederholung des Platzkonzerts in unserer Stadt würde von den meisten Kreisen der Einwohnerschaft nur mit Freuden begrüßt werden.

— **Zeitbilder der „H. Z".** Folgende Bilder hängen in unserer Geschäftsstelle aus: Ein Wunderkind auf dem Gebiete des Schachspiels. Der achtjährige Samuel Rascheweski, der bereits seit seinem 5. Lebensjahre Schachvorstellungen gibt, bei einem Simultanspiel gegen 22 Gegner, von denen er 18 besiegte. — Das New-Yorker 6-Tage-Rennen, das alljährlich im Madison Square Gardeb zum Austrag gelangt, endete mit dem Siege der Mannschaft Madden-Goullet. — Die Ueberschwemmung in Paris. Ein überschwemmtes Straßenviertel am Boulevard-Gollini.

Familien-Nachrichten.

Geburten: Walter Kühne und Frau Emma geb. Jahn (Sohn)), Diemitz.

Todesfälle: Am 17. Januar Bergmusiker August Reißner im 74. Lebensjahre. — Am 17. Januar Arbeiter Hermann Henze im 66. Lebensjahre. Büschdorf. — Am 16. Januar Mathilde Dreßler. — Am 17. Januar Klara Körber im 54. Lebensjahre. — Am 17. Januar Anna Nägele. — Am 18. Januar Frau Konzertmeister Amalie Knoch. — Am 16. Januar Friedo Schmidt. — Am 18. Januar Oberbahnassistent a. D. Ernst Richter im 78. Lebensjahre. — Am 15. Januar Werner Reich im 56. Lebensjahre. Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001201-17/fragment/page=0003

Provinz Sachsen

Anhalt und der Mittellandkanal

R. Dessau, 17. Januar.

Der Staatsrat für Anhalt hat an den preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten in Berlin nachstehendes Schreiben gerichtet:

Ausgehend von der Annahme, daß die Frage der Fortführung des Mittellandkanals bei der preußischen Staatsregierung im Stadium der abschließenden Erwägungen steht, ergreift der Staatsrat für Anhalt die Gelegenheit, das große Interesse zu betonen, das er in dieser für die Zukunft des Anhaltslandes überaus lebenswichtigen Frage entgegenbringt. Die volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte, die für die anhaltische Stellung maßgebend sind, bitten wir der anliegenden „Erklärung" entnehmen zu wollen. Aus ihr erhellt insbesondere, daß nicht nur vom Standpunkte des anhaltischen Sonderinteresses, sondern mindestens ebensosehr auch von dem einer großzügigen gemeindeutschen Wirtschafts- und Verkehrspolitik aus nur die Südlinie des Mittellandkanals mit gleichzeitig Schaffung des Verbindungskanals Egeln—Staßfurt—Bernburg und unter Einbeziehung des Halberstädter Stichkanals als die einzige befriedigende Lösung angesehen werden kann.

Wie gerüchtweise verlautet, ist in dem zurzeit in der Ausarbeitung begriffenen Projekte der zur Saale hinführende Stichkanal nur bis Staßfurt vorgesehen. Wenn dieses Gerücht wirklich zutreffen sollte, würden wir dies im Interesse Anhalts, aber auch den Mittellandkanal als Ganzen, außerordentlich bedauern, da ja erst durch die Weiterführung des Stichkanals bis nach Bernburg die Saale Anschluß an das Wasserstraßennetz des Mittellandkanals erhalten würde. Wir können uns die vorläufige Begrenzung des Stichkanals nur so erklären, daß vielleicht auf das Nebendrische Projekt Rücksicht genommen werden soll. Trifft diese Annahme zu, so müssen wir uns mit aller Entschiedenheit gegen die Ausführung des Nebendrischen Planes — wenigstens soweit die Interessen Anhalts in Frage kommen — aussprechen, weil durch die in diesem Falle nötige Ueberbrückung der Saale und die Weiterleitung des Kanals nach Halle der an sich schon schwache Saaleverkehr, wenn nicht gänzlich, so doch annähernd zum Erliegen kommen würde. Wir bitten deshalb dringend, in das Projekt des Mittellandkanals den Stichkanal zur Saale, und zwar bis Bernburg, aufnehmen zu wollen, und benutzen diese Gelegenheit, uns gleichzeitig für den Ausbau des Stichkanals nach Halberstadt, durch den auch anhaltische Interessen stark berührt werden, warm auszusprechen.

Bei der überzeugenden Kraft der Erwägungen, die für die Südlinie in der gekennzeichneten Ausgestaltung sprechen, glauben wir uns der Erwartung hingeben zu dürfen, daß die Lösung der Kanalfrage in diesem Sinne erfolgen wird. In der oben angedeuteten „Erklärung" werden alle, namentlich von der anhaltischen Handelskammer geltend gemachten Vorteile und Argumentationen ausführt, die für die Ausführung der Südlinie und gegen die Mittellinie sprechen.

Der Staatsrat richtet gleichzeitig einen Antrag an die anhaltische Landesversammlung, diese wolle die an den Arbeitsminister geltend gemachte Stellungnahme billigen und außerdem der Vereinigung zur Förderung der südlichen Linie zur nachdrücklichen Betreibung dieses Projekts 10 000 Mark bewilligen.

*

g. **Aus der Elster- und Luppenaue**, 19. Januar. (Der Fischfang), welcher sonst bei Hochwasser ein ergiebiger zu sein pflegt, ist bei dem jetzigen gleich Null. Die Ursache hierzu ist einmal in den geringen Fischbeständen der Elster und Luppe zu suchen, die verblieben, sind von den früher reichlichen, die schlechten Abwässern zum Opfer fielen, dann aber auch auf die frühe Jahreszeit zurückzuführen, in welcher die Fische in den Tiefen der Flüsse noch festsitzen und das Ueberschwemmungsgebiet noch nicht aufsuchen. Hoffentlich bringen die Hochwässer der letzten Zeit der Elster und Luppe von der Saale her neue Fischzufuhr und beleben von neuem dieselben mit frischen Beständen, da es sonst mit der Fischerei in diesen Flüssen fast ganz aufhört.

g. **Dölnitz**, 20. Januar. (Mißbrauchtes Vertrauen.) In schnöder Weise mißbrauchte ein hiesiges Dienstmädchen das Vertrauen ihrer Herrschaft und bereicherte sich aus den vorhandenen Beständen mit allerhand Wäsche- und Kleidungsstücken, kurz allem, was ihm begehrenswert erschien, so daß bei einer vorgenommenen Durchsuchung seiner Koffer für etwa 600 Mk. entwendete Sachen vorgefunden wurden und es nun seiner Bestrafung entgegensieht.

g. **Lochau** (Saale), 19. Jan. (Gesteinssprengungen.) Dem Förtschreiten der Baggerarbeiten im Abraumbetriebe der Grube „Hermine Henriette 2" hier setzten sich durch Ablagerungen der Buntsandsteinformationen im Deckgebirge derartige Schwierigkeiten entgegen, daß zur Beseitigung dieser Hemmnisse Sprengungen vorgenommen werden müssen. Durch sachkundig angelegte Sprengschüsse, deren Entladungen systematisch geordnet sind, erfolgen die täglichen Sprengungen, welche anfänglich als Kanonendonner vermutet wurden. In der Regel finden sich derartige Felsmassen erst unter der Kohle vor, merkwürdigerweise sind sie aber hier schon unmittelbar unter der Rieschicht abgelagert. Nach Beseitigung dieser Hemmnisse kann der Bagger seine Abraumarbeiten unbehindert wieder fortsetzen.

g. **Gröbers**, 19. Januar. (Einbruchsdiebstahl.) Ein dreister Einbruchsdiebstahl wurde in der hiesigen Molkerei verübt. Durch Ausfägen von vier Türschlössern gelangten die Diebe in den Raum, wo sich die Butter vorfand, und entwendeten einen Zentner dieser geschätzten Ware. Spurlos sind die Täter verschwunden und bis jetzt unermittelt geblieben.

— **Bibra** (Prov. Sachsen), 17. Jan. (Ein Schurkenstreich.) Bubenhände haben ein an einem Sandsteinfelsen auf der Wilhelmshöhe in unserer Aue befestigte Gedenktafel, dem Gedächtnis Kaiser Wilhelms I. gewidmet, gestohlen. Ob politische Beweggründe vorliegen oder niedrige Habsucht, muß dahin gestellt bleiben. Jedenfalls sind mehrere Personen dabei beteiligt gewesen, da es immerhin nicht leicht war, die aus Bronzemetall gegossene Platte zu entfernen und wegzuschaffen.

l. **Genthin**, 16. Jan. (Ein Schadenfeuer) entstand auf bisher noch unbekannte Weise auf dem Brauchitschschen Gute Schartecke. Eine Scheune fiel den Flammen zum Opfer. Es gelang den Feuerwehren nach schwerer Arbeit, die Gefahr von den übrigen Gebäuden abzuwehren. Beim Anfahren der Redekiner Spritze stürzte der Kutscher vom Sitz und wurde überfahren; er trug schwere Verletzungen davon.

gg. **Jena**, 19. Jan. (Von der Universität.) Dem Kunstmaler Arthur Kampf-Berlin wurde anläßlich der Fichte-Gedächtnisfeier der Ehrendoktortitel der philosophischen Fakultät der Universität Jena verliehen. — Der Oberverwaltungsgerichtsrat, Geh. Justizrat Prof. Dr. Niebner ist am Sonntag im Alter von 51 Jahren hier verschieden. Der Verstorbene galt als einer der hervorragendsten Kirchenrechtslehrer. Er war Ordinarius für öffentliches und Kirchenrecht.

— **Eisenach**, 20. Januar. (Oberhofmarschall a. D. Freiherr Dr. jur. v. d. Heyden-Rynsch), der lange Jahre die fürstlich reußische Hofhaltung in künstlerischer Blüte hielten, wirkt nach seiner Uebersiedelung nach Eisenach gleichfalls wieder auf künstlerischem wichtigen Gebiete, indem er den Posten eines unbesoldeten Ehrenrates für Kunst bekleidet. Als Zeichen des lebhaften Interesses, das man in der Wartburgstadt erst unlängst geschaffen hat, hat Freiherr v. d. Heyden-Rynsch reiche Gelegenheit, das Eisenacher Kunstleben zu fördern, vornehmlich, was Theater und Musik anlangt. Die Neue Bachgesellschaft zu Leipzig hat den ehemaligen Geraer Intendanten ebenfalls in ihren Ausschuß gewählt.

— **Leipzig**, 18. Jan. (Leipzig ohne Kochgas.) Der geringe Eingang von Gaskohlen bei den städtischen Gaswerken hat in Leipzig zu einer Verschärfung der Gassperre geführt, die, wie das „Leipziger Tageblatt" nicht mit Unrecht bemerkt, für Tausende von Familien das Aufhören eines geordneten Familienlebens bedeutet. Gas kann jetzt nur noch in den Vormittagsstunden bis 8 Uhr und in den Abendstunden entnommen werden. Da in den Haushaltungen Kohlen so gut wie garnicht vorhanden sind, war die Bevölkerung zur Bereitung des Mittagessens auf das Kochgas angewiesen. Mit Fortfall desselben fällt auch für die meisten Familien die Möglichkeit fort, sich ein warmes Mittagessen zu bereiten.

— **Leipzig**, 18. Jan. (Für 50 000 Mark Lohngelder geraubt.) Wie das Leipziger Polizeiamt mitteilt, sind in Greppin bei Merseburg am Abend des 15. Januar vier maskierte Räuber in das Lohnbüro der Grube Hermine eingedrungen und haben unter Vorhaltung von Revolvern die dort arbeitenden zwei Beamten zur Herausgabe von 50 000 M Lohngeldern gezwungen. Die Räuber sind dann entkommen, nachdem sie vorher die Beamten eingeschlossen hatten.

— **Leipzig**, 19. Januar. (In dem Prozeß gegen den Wendenführer Barth) wurden die Beweisaufnahme und die Plädoyers gegen 5 Uhr nachmittags beendet. Das Urteil wird am Mittwoch mittag verkündet werden.

„H.J." Sportberichte

— **V. f. L.** Die Versammlung findet entgegen den bisherigen Mitteilungen am Mittwoch, den 21. Januar, abends 8 Uhr, statt.

s. **Die Gründung einer Magdeburger Ortsgruppe des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen** wird von den Turn- und Sportvereinen bürgerlicher Richtung am 15. Febr. vor sich gehen. Turner und Schwimmer gaben bereits ihre Zustimmung, während Rasensportler, Radfahrer und Ruderer noch einige Vorbehalte machten, die jedoch nicht grundsätzlicher Art sind. Diese Ortsgruppe wird mit dem amtlichen Stadtausschuß nichts zu tun haben.

s. **Marine-Fußballer von Scapa Flow in Berlin.** Die gefangene Marinemannschaft von Scapa Flow besitzt in ihren Reihen Fußballer, die nach ihrer Rückkehr aus der Gefangenschaft in Berlin ein Spiel gegen Viktoria sportfreunde austragen werden. Die Matrosen verfügen über recht ansehnliche Spielstärken. Die Begegnung geht auf dem Viktoriasportplatz in Mariendorf wahrscheinlich Sonnabend, den 24. Januar, vor sich.

— **In Oberhof** fand ein Skijaeling statt. Strecke 8 Kilometer

1. Hermann Gebhard und Fr. Zeigerer.
2. Max Langenhahn und Gebhard.
3. Faulmann und Fr. Irmgard Reyher.

s. **Kein sportlicher Verkehr mit den Mittelmächten.** Erneut hat in den letzten Tagen die oberste englische Fußballbehörde eine Entschließung angenommen, den sportlichen Verkehr mit den Mittelmächten vorläufig nicht wieder aufzunehmen. Das läßt die deutschen Sportsleute vollkommen kalt. Der schärfste Protest muß jedoch dagegen erhoben werden, daß gleichzeitig von seiten der Entente nochmals der Versuch gemacht wird, die wenigen Neutralen, wie Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark und die Schweiz durch Drohungen zu einem gleichen Vorgehen zu veranlassen. Hoffentlich läßt die Antwort an Deutschland nichts zu wünschen übrig.

k. **Zum Fußball-Ländertampf Süddeutschland—Niederösterreich** am 15. Februar in München wird die süddeutsche Elf in nachfolgender Aufstellung spielen: Tor: Stuhlfaut (1. Nürnberger F. C.); Verteidiger: Philipp (Sportfreunde Nürnberg), Schneider (Bayern München); Läufer: Rothenberger (B. f. B. Nürnberg), Winter (1. Nürnberger F. C.), Schmidt (T. V. 1860 München); Stürmer: Wunderlich (T. V. 1860 München), Franz, Seubert (Spielvereinigung Fürth), Träg, Forell (1. F. C. Nürnberg).

s. **Eine Rennwoche in Bad Harzburg** wird der Verein Deutscher Vollblutzüchter und Rennstallbesitzer auch in diesem Jahre wieder veranstalten. Es sollen vier Renntage und zwar am Sonntag, Mittwoch, Freitag und Sonntag, möglichst im Juli, abgehalten werden.

K. **219 Renntage für Preußen beantragt.** Die Oberste Behörde zur Zucht und Rennen hat beim Preußischen Landwirtschaftsministerium um die Bewilligung von 219 Renntagen für Preußen nachgesucht. Die Genehmigung dürfte nicht lange auf sich warten lassen, da von maßgebender Stelle bereits vor einiger Zeit eine Rennsaison ähnlich der wie 1913 versprochen wurde. 1913 wurden in Preußen an 297 und in Deutschland insgesamt an 412 Tagen Galopprennen abgehalten.

Volkswirtschaft

Nähere mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Industrie, Handel, Handwerk

Wagengestellung in den Kohlenbezirken. Vom 1. bis 15. Dezember v. J. verlief die Wagengestellung in den acht wichtigsten Stein- und Braunkohlenbezirken nach amtlicher Statistik wie folgt:

	8 Steinkohlenbezirke		8 Braunkohlenbezirke	
	gestellt	nicht rechtzeitig	gestellt	nicht rechtzeitig
1919 . .	368 066	15 350	126 824	54 249
1918 . .	298 747	6 654	87 792	2 654
1913 . .	620 010	46	148 910	5

Gegen die vorhergehenden 14 Tage ging die Zahl der nicht rechtzeitig gestellten Wagen abermals erheblich zurück, und zwar für Steinkohlen um 13 494, für Braunkohlen um 80 959.

Schieberbekämpfung. Die britische Abteilung bei der Eisenbahndirektion Köln hat einen Erlaß in Aussicht gestellt, wonach alle ausländischen Lebensmittelsendungen, die nicht innerhalb drei Tagen entladen werden, beschlagnahmt werden, weil die Schieber die Wagen häufig solange benutzen, um die Waren zu lagern, bis es ihnen gelungen ist, die Ware an den Mann zu bringen. Die Handelskammer Köln hofft, daß dadurch das Schieberunwesen etwas eingedämmt werden wird.

Postpaketverkehr mit den Vereinigten Staaten. Von jetzt an sind auch Postfrachtstücke bis 5 Kilogramm nach den Vereinigten Staaten von Amerika durch Vermittlung von Spediteuren in Bremen und Hamburg zugelassen. Damit ist u. a. die Möglichkeit gegeben, derartige Pakete wieder unter Wertangabe zu versichern.

Französisches Kapital in Galizien. In letzter Zeit ist die Mehrzahl der Aktien der Galizisch-Karpathischen Gesellschaft in den Besitz einer starken Gruppe französischer Kapitalisten übergegangen, zu denen die Banque de Paris des Pays Bas in Paris und der Concerne du Nord, sowie die Firma Frères Bernard in Paris gehören. Die genannte Gruppe besitzt bereits ausgedehnte Erdölfelder und Raffinerien in Galizien. Die Transaktion erregt um so mehr erhebliches Aufsehen in interessierten polnischen Kreisen, da die vor über 30 Jahren von W. H. Mac Garvey gegründete Gesellschaft zu den bedeutendsten Erdölunternehmungen Polens gehört.

Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht das Gesetz betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.

Keine Fahrpreisermäßigung für Meßbesucher. Die billige Fahrkarte allein hat es gewiß nie vermocht, einen neuen Meßbesucher nach Leipzig zu ziehen; aber sie hat doch in manchen Fällen das Zünglein an der Wage entscheidend beeinflußt, wenn Entschlußlosigkeit — ob? oder ob nicht? — eines Anstoßes bedurfte. — Diesmal ist es leider nichts damit. Die Finanzen der Eisenbahn sind so herunter, daß sie auch den Leipziger Meßbesuchern den vollen Fahrpreis abverlangen muß.

Aktiengesellschaften

* **Mansfeldsche Kupferschiefer bauende Gewerkschaft in Eisleben.** Wie aus unterrichteten Kreisen verlautet, wird voraussichtlich die gleiche Ausbeute wie im Vorjahre (80 M.) zur Ausschüttung kommen. Das Ergebnis des verflossenen Jahres ist ein sehr befriedigendes. Doch muß bei der Bewegung der Bilanz heute auf die Höhe der Lasten Rücksicht genommen werden.

* **Gewerbebank Eisleben.** Die Jahresrechnung für 1918 zeigt eine weitere Aufwärtsentwicklung der Genossenschaft. Der Umsatz ist von 13 Mill. M. auf 31 775 252 M. gestiegen. Die Mitgliederzahl ist auf 238 angewachsen. Der Generalversammlung soll die Ausschüttung einer Dividende von 6 Proz. (5 Proz.) vorgeschlagen werden. Die Garantiemittel der Bank (Geschäftsguthaben, Haftsumme und Reserven) sind von 252 756 M. auf 326 380 M. gestiegen.

Kammgarnspinnerei Meerane. Die Generalversammlung beschloß, das Grundkapital um 1 050 000 auf 2 625 000 M. zu erhöhen.

Das deutsche Abflußrohrsyndikat hat die Preise für gußeiserne Abflußrohre um 800 auf 3340 Mk. pro Tonne erhöht.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Die weitere Verschlechterung der Markvaluta führte an der Börse der Kauflust neue Nahrung zu. Stark begehrt waren einige Kolonialwerte, wie Sloman, Kamerun, einer Steigerung von etwa 200 Proz., ferner Colmans Cop und Südseephosphat. Auch Kalliwerte und Deutsch-Ueberseeische Elektrische profitierten von starken Käufen, wie alle Papiere, bei deren Bewertung ausländische Valuta in Frage zu kommen scheint. Chemische und elektrische Werte stiegen gleichfalls ansehnlich an. Montanmarkt herrschte gleichfalls vorwiegend Festigkeit. Die Besserungen hielten sich aber in bescheidenen Grenzen. Die Schiffahrtsaktien litten Argo und Hansa unter Realisierungen. Von ausländischen festverzinslichen Werten wurden bezeichnenderweise prozentige anatolische Prioritäten 10 und mexikanische Anleihe bis zu 8 Prozent höher bezahlt. Deutsche Anleihen und zahlreiche Werte behaupteten bei ruhigem Geschäft ihren Kursstand. Kanada gewannen etwa 75 Prozent.

Produktenbericht. Die Preisforderungen für Hafer wurden im Inlande abermals erhöht. Dagegen zeigten sich die Mühlen, die Hafermehl fabrizieren, zurückhaltend. Aber von der Kleie lag weitere Kaufaufträge vor. In Hülsenfrüchten belebte sich das Geschäft ohne Aenderung der Preisbestände. Wicken blieben bei knappem Angebot fest. Lupinen waren in guten gelben Sorten leicht zu verkaufen. Serradella war unverändert. Heu blieb fest. Stroh schwächte sich infolge reichlicher Vorräte leicht ab.

Haternotierungen:

Berlin, 19. Jan. Inländischer Hafer, für 1000 kg in Mark, loko ab Speicher frei Wagen —.—, loko Berlinhafen 31,40—31,80 Mk. sofortige Abladung ab Abladestation 3000—3020 Mk. Tendenz: ruhig.

Auszahlungen.

	Geld	Brief	Berlin, 19. Januar.	Geld	Brief
Holland	222¼—	22,27,—	Oesterreich abgst.	20,07½	20,12½
Dänemark	1059.00	1061.00	Prag	79.15	79.35
Schweden	1249.00	1251.00	Polen	23-22½	23-22½
Norwegen	1149.00	1151.00	Spanien	1134.00	1136.00
Schweiz	1059.00	1061.00	Finnland	210.75	211.75
Oesterreich	24.97½	25.02½			

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte			Deutsche Erdöl		574.—
4½% Deutsche Schatzscheine VI.—IX.		73.25	Deutsche Gasglühl.		51.00
5% Deutsche Reichsanl.		77.50	Deutsche Kali		302.—
4 " "		64.75	Deutsche Waff. u. Mun.		306.—
3½ " "		57.10	Donnersmarkhütte		220.—
3 " "		54.25	Döring u. Lehrmann		132.—
4 Preuss. Konsols		63.60	Dürkoppwerke		300.—
3½ " "		54.80	Elberfelder Farben		357.50
3 " "		49.00	Engelhard Brauerei		247.—
4 Charl. Stadtanl. 89/99		73.00	Felten u. Guilleaume		300.—
4 Magdeb Stadtanl. 91/06		91.—	Gasmotoren Deutz		250.—
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe		—.—	Gebhardt u. Co.		270.—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe		94.—	Gebhardt u. König		300.—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911		100.10	Gelsenkirch. Bergb.		361.—
4½ Dessauer Gas-Oblig.		92.25	Glanziger Zuckerfbr.		273.—
Ausländ. Werte			Hallesche Masch.-Fabr.		—.—
4 Oesterr. Kron.-Rente		24.50	Hann. Masch.		—.—
4 Ungar. Gold-Rente		67.25	Harpener Berg		262.—
4 Ungar. Kronen-Rente		32.—	Hasper Eisen		312.—
Eisenbahn-Aktien:			Hirsch Kupfer		220.—
Halberstadt-Blankenb.		82.75	Höchster Farbw.		370.—
Halle-Hettstedter		—.—	Hoesch Eisen u. Stahl		300.—
Schantungbahn		610.—	Hohenlohe-Werke		204.50
Allg. Lokal-Str		131.—	Humboldt-Masch.		212.—
Gr. Berl. Str.		128.50	Ilse-Bergbau		420.—
Magdeburger Str.-B.		—.—	Kahla-Porzellan		470.—
Lux. Prinz Heinrich.-B.		—.—	Kalkw. Aschersleben		310.—
Orientbahn		429.—	Körbisd. Zucker-Akt.		240.—
Schiffahrts-Akt.:			Kyffhäuserhütte		—.—
Hambg. Paketfahrt		154.50	Lahmeyer u. Co.		184.—
Hambg.-Südamerika		257.—	Landw. Bank d. Pr. Sa.		—.—
Hansa-Dampfschiff		404.—	Lauchhammer		240.—
Nordd. Lloyd		170.50	Laurahütte		279.—
Banken:			Lingel, Erfurt		274.50
Bank für Thür.		138.—	Linke u. Hofmann		448.—
Berl. Handelsges.		174.—	Ludwig Loewe u. Co.		358.50
Comm u. Diskontobank		141.—	Lothringer Hütte		3.00
Darmstädter Bank		122.—	Mannesmannröhren		300.—
Dess. Landesbank		110.—	Maschinenfabr. Buckau		220.00
Deutsche Bank		279.—	Oberschl. Eisenb.-Bed.		224.—
Diskonto-Comm.		208.—	do. Caro Reg.		240.00
Dresdner Bank		179.75	do. Kokewerke		238.25
Credit-Inst. Leipzig		147.½	Orenstein u. Koppel		207.50
Mitteld. Kreditbank		134.50	Phönix-Bergb.		300.—
Privat-Bank		140.—	Rhein. Metall-Vorz.		344.—
Nationalbank		127.—	Rhein. Stahlwerk		382.50
Oesterr. Kredit		168.75	Riebeck. Montan		200.—
Reichsbank		145.—	Rombacher Hütten		311.—
Industrie-Aktien:			Rositzer Braunk.		238.50
Schultheißbrauerei	275.—		Rositzer Zucker		186.—
Akt. f. Anilin	318.75		Sangerhäuser Masch.		—.—
Allgem. Elektr.-Ges.	270.—		Hugo Schneider u. Co		288.—
Ammendorfer Papierf.	61.—		Schuckert u. Co.		198.—
Anhalter Kohlenw.	302.—		Siemens u. Halske		—.—
Annaberger Steingut	290.—		Stettiner Chamotte		270.—
Badische Anilin	355.—		Stettiner Vulkan		240.—
Bergmann Elekt.-Akt.	231.—		Schlesiger Zinkh.		270.—
Berl. Masch.-Bau	266.—		Strala. Spielkarten		—.—
Bismarckhütte	343.—		„Terra", Samen-A.-G.		270.00
Bochumer Gußstahl	313.75		Thale-Eisenhütte		360.—
Chem. Fabrik Buckau	—.—		Triptis-Akt.-Ges.		—.—
Chem. Griesheim	200.—		Türkische Tabakregie		112.—
Chem. v. Heyden	225.—		Ver. Köln-Rottweiler		—.—
Consolidation Schalke	430.—		Glanzstoff Elberf.		890.—
Crölwitzer Papierfabr.	—.—		Wegelin u. Hübner		185.—
Daimler-Motoren	372.—		Werach-Weissenf. Brk.		423.—
Deutsch-Luxemburg	289.—		Westeregeln-Alkali		349.75
Deutsche Uebersee-El.	300.—		Wittener Gußstahl		132.75
			Wrede-Mälzerei		183.—
			Zeitzer Masch.		325.75
			Zellstoff Waldhof		350.—
			Otavi-Minen		850.—

Tendenz: fest.

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, Politik, Wirtschaft und Sport: Hans Hellige; für den redaktionellen übrigen redaktionellen Teil: L. H. Erich Gellhein.
Anzeigenteil: Paul Berger; sämtlich in Halle a. S.
Otto Ehlers, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Gebhardstr. 1

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001201-17/fragment/page=0004